

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/186

Bonn, den 1. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>BONN - PARIS - STRASSBURG - BRÜSSEL</u> Auf der Suche nach der Quadratur des Kreises	69
2 - 3	<u>Europarat und Europäisches Parlament drängen</u> Neue Anstöße sind erforderlich Von Egon G. Heinrich, z. Zt. Straßburg	68
4	<u>30 Jahre BBC</u> Die deutschen Sendungen - objektiv und ausgewogen	38

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Ostpolitik im Westen verankert
Zustimmung zur Friedens- und Selbstbestimmungspolitik
Mit Berufung auf München keine Politik zu machen
Glückwünsche für Landsmannschaft Schlesien
Hasenöhrl zum Vorsitzenden berufen
Auszeichnung für Matull
Protest der Prager Volkszeitung

* * *

BONN - PARIS - STRASSBURG - BRÜSSEL

Auf der Suche nach der Quadratur des Kreises

sp - Wie schon so oft hat auch diesmal wieder ein deutsch-französisches Gipfeltreffen einige Verwirrung hinterlassen. Wer dem Besuch des französischen Staatspräsidenten mit Illusionen entgegengesehen hatte, ist enttäuscht. Wer seinen Realismus gegenüber der französischen Politik bewahrte, atmet auf und sagt, es hätte schlimmer kommen können.

Seit der letzten Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten mußte eigentlich jeder Politiker in Bonn wissen, daß die Vorbehalte de Gaulles für den Beitritt Großbritanniens zur EWG nicht in erster Linie wirtschaftlicher, sondern jetzt vielmehr militärischer und allgemeinpolitischer Natur sind. Damals sagte de Gaulle - ohne überhaupt auf die Wirtschaftssituation Großbritanniens einzugehen - Frankreich müsse die Gewißheit haben, daß Großbritannien bei seinem Beitritt zur EWG nicht die amerikanische Komponente in der europäischen Politik verstärke. Mit anderen Worten: Großbritannien solle seine engen Bindungen zu den USA lockern.

Aus diesem Grunde lehnt de Gaulle auch den von den übrigen EWG-Partnern angestrebten Automatismus ab, der sich bei einer Vereinbarung über handelspolitische Maßnahmen zwischen EWG und EFTA ergeben könnte. Von dieser Vorstellung ist er nicht abzubringen.

Nun weiß der französische Staatspräsident natürlich genauso gut wie die Briten und wir, daß eine westeuropäische Verteidigung im Ernstfall nur in enger Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen des Atlantischen Bündnisses möglich ist.

Andererseits will de Gaulle den Verschmelzungsprozeß der jetzt bestehenden Europäischen Gemeinschaften fördern. Da außer de Gaulle niemand in Europa daran denkt, seine Bindungen zu den USA zu lockern, aber auch kaum jemand gewillt sein dürfte, das Europa der Sechs auffliegen zu lassen und in einem Alleingang mit Großbritannien - ohne Frankreich - europäische Politik zu machen, ähnelt das ganze Getriebe zwischen Bonn, Paris, Straßburg und Brüssel im Augenblick einer Suche

nach der Quadratur des Kreises.

Diese Feststellung ist kein Trost und keine Beruhigungspille. Sie versucht nur die Realitäten so darzustellen wie sie sind. Wenn die Bundesregierung angesichts dieser Situation hartnäckig bemüht bleibt, das deutsch-französische Verhältnis nicht in ein Durcheinander von gegenseitigen Vorwürfen abgleiten zu lassen, dann hat sie dafür gute Gründe.

Einer dieser Gründe ist die Zusage des französischen Staatspräsidenten, Frankreichs Einfluß auch in den Ländern des Ostblocks geltend zu machen, wenn es darum geht, die sinnlose Hetze gegen die Bundesrepublik Deutschland abzuwehren. Ein anderer Grund: Frankreich will gemeinsam mit den übrigen EWG-Partnern den Prozeß der wirtschaftlichen Integration Europas weiterfördern und lehnt nicht unbedingt die von der Bundesrepublik, Italien und den Beneluxstaaten angestrebte Erweiterung der EWG ab.

Zu diesen auf Gegenseitigkeit beruhenden Verpflichtungen kommt der Wunsch der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes, sein Verhältnis zum französischen Volk trotz gelegentlicher politischer Komplikationen immer weiter zu verbessern. Es ist nicht nur die Jugend unserer beiden Völker, die eine solche Politik fordert; auch die älteren Generationen wollen nicht mehr, daß zwischen Frankreich und Deutschland jemals wieder eine unüberbrückbare Kluft entsteht.

Alles das mag im Augenblick nicht genug sein, um die notwendige Solidarität zunächst des freien Teils Europas und dann ganz Europas erreichen zu können. Wenn man jedoch bedenkt, daß Frankreich und Deutschland noch vor einigen Jahrzehnten waffenstarrend einander gegenüberstanden, jetzt aber gemeinsam den Weg aus der Stagnation der europäischen Politik suchen wollen, eröffnen sich andere Perspektiven, als sie sich bei einer vorschnellen Bewertung des letzten deutsch-französischen Gesprächs ergaben.

Eines sollte jedenfalls klar sein: Die Bundesrepublik Deutschland muß auch weiterhin ihre vitalen Interessen verfolgen, und deshalb war es gut, daß Bundeskanzler Kiesinger sich selbst korrigiert hat und Äußerungen richtigstellte, die den Eindruck machen mußten, als sei es das oberste Ziel der deutschen Politik, niemals irgend etwas gegen oder ohne Frankreich zu tun.

Europarat und Europäisches Parlament drängen

Neue Anstöße sind erforderlich

Von Egon C. Heinrich, z. Zt. Straßburg

Eine schnelle und überzeugende Beendigung der verteidigungspolitischen Schwäche in Westeuropa, die sich aus der Zersplitterung der außenpolitischen Ziele der europäischen Staaten ergibt, hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Dröschner als Berichterstatter vor der 15. gemeinsamen Tagung des Europarats und des Europäischen Parlaments in Straßburg gefordert. Bei der Vorlage eines aufsehenerregenden Berichts über die "politischen Voraussetzungen für die Vollendung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften" plädierte Dröschner für eine gemeinsame Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik der europäischen Staaten. Vor den 300 Parlamentariern aus 18 europäischen Staaten führte er die Ohnmachtstellung Europas gegenüber den weltpolitischen Krisen auf die mangelnde Übereinstimmung der Regierungen zurück.

Als Grundübel der Stagnation in der europäischen Entwicklung muß die Uneinigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik angesehen werden. Der SPD-Abgeordnete forderte daher alle Anstrengungen, damit Europa von einer Bündnisabhängigkeit in eine Bündnisfähigkeit mit den USA eintreten könne. Eine politische und militärische europäische Gemeinschaft dürfe nicht gegen irgendeine andere Macht gerichtet sein. Dröschner lehnte unter Zustimmung der übrigen Sprecher aus zahlreichen Staaten einen Rückfall in die Politik des Kalten Krieges ab. Die Hilflosigkeit Europas, verursacht durch seine politische Uneinigkeit, ist in den letzten Jahren an folgenden Weltkrisen deutlich geworden: Dem Nah-Ost-Konflikt, dem Putsch in Griechenland und dem militärischen Einfall in die CSSR. In keinem dieser Fälle konnte Westeuropa auf diese Ereignisse Einfluß nehmen. Europa muß sich nach Ansicht Dröschners selbst in die Lage versetzen, ein eigener Partner im Entspannungsprozeß zu werden.

Die mehr als eintägige Debatte stand noch ganz unter dem Einfluß der Ereignisse in der CSSR. Hieraus wurde die einzig mögliche Konsequenz gezogen: Eine verstärkte Zusammenarbeit bzw. Integration Europas auf den Gebieten der Wirtschaft, der Sicherheit, der Außenpolitik und der Technologie. In Straßburg hatte man den Eindruck, daß die Europa-Parlamentarier die Zeichen der Zeit sehr wohl verstanden haben. Wurde

auf der einen Seite die Stagnation der Einigungspolitik brutal analysiert, so verfiel man doch andererseits nicht in Resignation. Vielmehr bestand Einigkeit in der Erkenntnis, daß die jüngste Entwicklung zu weiteren Fortschritten in der Europapolitik geredezu zwingt. So wurde immer wieder der Ruf nach einem neuen Anstoß laut.

Zur selben Stunde, als General de Gaulle in Bonn eintraf und in Brüssel das französische Nein zum Englandbeitritt erneut kompromißlos artikuliert wurde, brachte man in Straßburg kein Verständnis für die französische Haltung auf. So forderten der SPD-Abgeordnete Ludwig Metzger und der CDU-Abgeordnete Blumenfeld, man solle notfalls ohne Frankreich und außerhalb der Römischen Verträge die politische Einigung und die geographische Erweiterung der EWG verwirklichen. Das französische Veto könne keinesfalls weiterhin passiv hingenommen werden. Helmut Schmidt hatte in der Bundestagsdebatte am 26. September ebenfalls die Möglichkeit angedeutet, Bonn könne unter Umständen auch ohne französische Beteiligung mit den Partnerstaaten zu Beschlüssen kommen. Solche Töne sind neu für Bonn und Straßburg. Die gaullistischen Vertreter des Europäischen Parlaments versuchten daher, die jüngsten Äußerungen ihres Außenministers Debré abzuschwächen. Dieser hatte für Frankreich jene Auffassung abgelehnt, daß sich aus den bestehenden europäischen Gemeinschaften eines Tages das politisch vereinigte Europa entwickeln werde.

Der SPD-Abgeordnete Dr. Klaus-Peter Schulz zeigte in Straßburg die einzig denkbare Alternative nach der Herausforderung vom 21. August auf: Eine neue Gemeinschaft mit dem Ziel einer demokratischen Föderation der beteiligten Staaten. Man mag derartige Gedanken angesichts der harten Realitäten für eine Utopie halten. Schulz wies aber mit Recht darauf hin, daß sich auch die Gemeinschaft der Sechis einmal um eine politische Idee, den Schuman-Plan, gebildet habe.

Wenn die Regierungen zu einem solchen Schritt nicht bereit sind, könnte die große Stunde für die europäischen parlamentarischen Versammlungen kommen. Die Grundlagen einer Relance der Europapolitik wurden in der vergangenen Woche von Europarat und dem Europäischen Parlament gelegt. Schließlich sind auch die Ideen zur Gründung der Montanunion, der EWG und der EURATOM zuerst in der europäischen Parlamentarier-Versammlung in Straßburg konzipiert und lanciert worden.

30 Jahre BBC

Die deutschen Sendungen - objektiv und ausgewogen

nn. - Vor 30 Jahren gründete die englische Rundfunkgesellschaft BBC ihren deutschsprachigen Dienst, der seitdem von der British Broadcasting Corporation aus dem Londoner "Bush House" gesendet wird. Es ist einmal notwendig, es auszusprechen: Besondere aus deutscher Sicht gebührt der BBC Dank und Anerkennung für ihre deutschsprachigen Sendungen.

Während der nationalsozialistischen Zeit war BBC für viele Deutsche eine objektive Informationsquelle. Aus London wurde nicht nach den Maßstäben der groben Propaganda, sondern des freien Journalismus gearbeitet. Während der Terrorherrschaft Hitlers lauschten viele Deutsche auf das Morsezeichen aus drei Punkten und einem Strich, das den Beginn der Sendung ankündigte. Dieses dit-dit-dit-da ist unvergessen geblieben. Es sei auch daran erinnert, daß viele deutsche Widerstandskämpfer von den NS-Sondergerichten damals ins Zuchthaus geworfen oder zum Tode verurteilt wurden, nur weil sie BBC gehört hatten.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres trafen aus der Bundesrepublik und Mitteldeutschland 30.000 Hörerbriefe im BBC-Funkhaus in London ein. Nach wie vor ist die Beziehung zwischen der Rundfunkstalt und den deutschen Hörern eng. Dabei hat die schon 1949 aufgenommene deutschsprachige Sendung "Programm für die Ostzone" steigende Bedeutung erlangt. Die Bevölkerung in Mitteldeutschland bezieht ein objektives Weltbild auch über den Londoner Rundfunk.

Es begann vor 30 Jahren, nachdem die großdeutsche Wehrmacht auf Befehl Hitlers an der tschechoslowakischen Grenze aufmarschiert war und der Einmarsch nach Prag bevorstand. Damals beschloß die Regierung in London eine mäßige Rede des Premierministers Neville Chamberlain ins Deutsche übersetzen und nach Deutschland ausstrahlen zu lassen, um der Bevölkerung Aufklärung zu geben. Während des Zweiten Weltkrieges konnten dann jene, die in der inneren Emigration der Nazi-Zeit lebten, aus London hören, wie es nun wirklich um die Kriegslage stand.

Gegenwärtig sendet BBC wöchentlich 28 Stunden und 15 Minuten in deutscher Sprache, wobei die Sendungen oft auch von Stationen in Westdeutschland, Österreich und der Schweiz übertragen werden. Der damalige Leiter der deutschen Sendung, Hugh Carleton Greene, ist heute Generaldirektor von BBC. Er sorgt dafür, daß die ausgewogenen Nachrichten und objektiven Kommentare des Londoner Rundfunks in deutscher Sprache im bisherigen Umfang fortgeführt werden.